



Freitag, 19. Juni 2020, Münchner Merkur - Nord / Lokalteil

Wie weit darf Privilegierung gehen?

44 Jahre Hof-Umbauten: Grasbrunn debattiert Legalisierung

Grasbrunn – Mit einem kniffligen Fall, der seinen Anfang im Jahr 1976 nimmt, musste sich der Gemeinderat Grasbrunn beschäftigen: Eine Hofstelle im Hohenbrunner Weg wurde damals als privilegiertes Vorhaben eines Aussiedlerhofs mit Viehhaltung genehmigt. Tiere und Landwirtschaft sind längst verschwunden, heute ist dort eine Schreinerei, eine Maschinenhalle, Lager für Container und eine Frühstückspension. Umgebaut wurde seit 1976 ständig, vieles davon entstand ohne Genehmigung auf Basis der Privilegierung.

Johann Hiltmair (BfG) brachte es auf den Punkt, was viele seiner Gemeinderatskollegen dachten: „Der Antragsteller hat im Außenbereich aus einer Landwirtschaft einen Gewerbebetrieb gemacht und immer auf den privilegierten Standort gepocht. Dass der für 25 Jahre Umbau ohne Genehmigung jetzt von uns nachträglich eine Legalisierung will, das ist ein starkes Stück.“ Max Walleitner (Grüne) ergänzte, dass die jetzige Nutzung nichts mit einer privilegierten Nutzung eines Landwirts im Außenbereich zu tun habe. „Wenn wir das jetzt erlauben, schaffen wir einen Präzedenzfall und jeder kann seine ungenutzte Lagerhalle nutzen wie er will.“ Karl Humplmair (CSU) sagte, dass es diesen Präzedenzfall längst gebe in Möschenfeld. „Das war auch eine Hofstelle, dann wurde zur Ortsabrundung einiges genehmigt und heute baut dort jeder wie er will.“

Bürgermeister Klaus Korneder (SPD) versuchte gemeinsam mit Bauamtsleiterin Stephanie Zirngibl zu beschwichtigen. „Aus welchem Grund auch immer ist da in den vergangenen 44 Jahren einiges schiefgelaufen. Es geht darum, das zu genehmigen, was jetzt steht“, sagte Korneder. Der Gemeinderat habe das Thema mehrfach behandelt, einige Umbauten und Nutzungen wurden nicht genehmigt, einiges geduldet durch das Landratsamt. „Jetzt soll es auf Grund der Hofnachfolge per Bauleitplanung und Bebauungsplan genehmigt werden. Damit würden wir klare Verhältnisse schaffen“, so Korneder. Laut Zirngibl gehe es nicht um zusätzliche Bauten, sondern um die Sanierung der bestehenden Gebäude.

Für Dieter Schuster (SPD) wäre die Genehmigung der Gebäude-Umnutzung zu einem Gewerbebetrieb in Ordnung. „Aber allem, was der im Laufe der Jahrzehnte gebaut hat ohne Genehmigung, jetzt zuzustimmen, damit habe ich Probleme.“ Johannes Bussjäger (FW) und Julia Blanck (SPD) fragten nach Einschätzung von höherer Stelle. „Wenn das Landratsamt sagt, eine Änderung der Nutzung oder eine weitere Duldung sei denkbar – das ist für mich sehr schwammig“, sagte Bussjäger. „Die wollen unserer Entscheidung folgen, plädieren aber für eine Bauleitplanung“, sagte Zirngibl.

Allein Wolfgang Kainz-Huber (FW) brach eine Lanze für den Antragsteller. „Der hat das doch nicht aus Vorsatz gemacht, sondern nur immer wieder reagiert auf die problematische Situation in der Landwirtschaft.“ Mit 11:6 Stimmen beschloss der Gemeinderat die Bauleitplanung einzuleiten, mit 6:11 wurde der Antrag auf Bau eines weiteren Wohnhauses als Austragshaus abgelehnt. bb